

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschloß: Tagesblatt Riesa.
Gemein Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postsekretor Dresden 1530
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 230.

Dienstag, 2. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 29. 9. bis 5. 10. 23 Millionen Mark einschließl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten. — Im Falle höherer Gewalt — Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schließjahr: 50000.

Nur amtliche Meldungen über Unruhen.

Berlin, 1. Oktober. Auf Grund der Verordnung über den Ausnahmezustand ist den Zeitungen verboten worden, über ausgedehnte Unruhen andere als amtliche Meldungen zu veröffentlichen, damit nicht durch falsche übertriebene Berichte Beunruhigung hervorgerufen werde.

Vom Generalleutnant Müller, Wehrfreikommando 4, ist im Zusammenhang hiermit folgende Verordnung herausgegeben worden:

Der Herr Reichswehrminister hat, um Beunruhigungen der Bevölkerung durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte zu vermeiden, folgende Verordnung erlassen: Ueber Unruhen im unbesetzten Reichsgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer amtlichen Mitteilungen der Militärbehörden gebracht werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

Vorstehendes wird zur Kenntnis gebracht. Der Befehlshaber, gen. Müller, Generalleutnant.

Reichspolitik und Marksturz.

Fast widerklingender Weise ist die deutsche Wirtschaft noch immer genötigt, die Bewegung der Papiermark als einen keineswegs unerheblich gewordenen, vielmehr noch heute tief in das deutsche Leben eingreifenden, schicksalhaften Vorgang zu werten. Denn wenn auch seit der Ankündigung des neuen Geldes die Mark nur ein Zahlungsmittel auf Abbruch ist, so bleibt während der ganzen, in ihrer Dauer noch nicht abzuhenden Uebergangszeit die Wirtschaft von ihr abhängig, und auch der Erfolg der neuen Währung hängt nicht zum wenigsten davon ab, daß die künftige „Scheidemünze“, wenn auch auf tiefer Stufe, eine gewisse Festigkeit bewahrt. Wie die Dinge heute liegen, kann man in dem Stand der Papiermark, die ja ein festes Wertverhältnis zu neuem Geld haben soll, sogar schon etwas wie eine Vorausverkündigung des Schicksals der kommenden Uebergangswährung sehen: einen Marksturz für den Grad des Vertrauens oder Mißtrauens, das im Inland und Ausland der „Neumark“ entgegengebracht werden wird. Mindestens jedoch ist der Kurs der Papiermark für unsere unmittelbare wirtschaftliche Gegenwart entscheidend; jeder neue Sturz bedeutet, wenn nicht Schlimmeres, eine neue schwere Anwaltskrise.

Dies immer noch verhängnisvolle Ereignis ist aber jetzt eingetreten: Die Mark, die schon im September für einige Stunden auf einen Dollarpreis von 375 Millionen, also unter den Sommerschwelb sank, erreichte am 1. Oktober diese Tiefe zum zweiten Male. Wie ist es dazu gekommen? Gewiß, kann man sagen, daß die amtlich aufgegebenen Mark wertlos sind, und daß, wenn nicht Willen von außen einwirkten, das Weiterleben des Reiches, das Stehenbleiben des Wirtschaftlichen und gleichsam künstliche „Scheidemünze“ wäre an sich geeigneter, hemmend als fördernd auf den Abbruch zu wirken. Die Auffassung, als solle sich nach jeder neuen Notenhochflut fast automatisch ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Menge des Reichsbankgeldes und dem Kurs des umlaufenden Papiergeldes her, so daß die gesamte Papiermasse immer etwa soviel Dollars wert sei, wie die Golddeckung, läßt sich mindestens jetzt nicht mehr halten. Die Willkürtause haben längst nur noch den Goldwert, der für ein Scheidengeld ausreicht, für ein wirkliches Umlaufmittel bei weitem ungenügend ist. Auch Reichsbankausweise, die jeweils eine Verdreifachung der Papiermarksummen melden, können somit nicht notwendig die Ursache, den Kurs der Mark noch weiter zu senken. Gerade jetzt, in der Sterbezeit der Papiermark, kann man annehmen, daß die Ursaachen neuen Sturzes in höherem Grade volltätiger Art sind, als wirtschaftlich-finanzieller. Wie schon gesagt, besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der jetzigen Bewertung der Papiermark und der Vorausbewertung des künftigen deutschen Geldes. Diese aber ist, mangels aller unbedingt sicheren stofflichen Unterlagen (Auslandsanleihen usw.), nichts anderes als der besitzerte Ausdruck dessen, was man drinnen und draußen von der Austerität des deutschen Staates hält. Gerade für die geplante Uebergangswährung gibt es kaum eine andere wesentliche Bürgschaft als die Einheit und Verfügungsfähigkeit des deutschen Reiches. Gilt die als bedroht, so ist das Vertrauen zum neuen Geld im Voraus geschwunden und sogar der verächtlichste Kurs der Papiermark hat die Bedeutung eines politischen Urteils. Innerhalb mancher Parteien und in einigen Landesstellen Deutschlands sollte man das beachten. Nicht zufällig fallen die Nachrichten über die Mißbilligungen zwischen den beiden Diktaturen, die wir gegenwärtig in Deutschland haben, mit dem neuen Marksturz zeitlich zusammen.

Der Reichsrat genehmigte den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Währungsbank, der die Schaffung eines Realfonds für ein Zahlungsmittel, die Neumark, vorsieht, die der Goldmark gleichsetzen soll. Die Neumark wird von der vom Reich unabhängigen, durch die gesamte deutsche Wirtschaft zu errichtende Währungsbank mit einem Kapital von 3200 Millionen herausgegeben werden. Die Noten der Bank werden gedeckt durch fünfprozentige Goldmarkrentenbriefe, die als Grundschuld auf landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Grundstücke eingetragen werden und im übrigen auf Schuldverschreibungen der beteiligten Erwerbskreise beruhen sollen. Zur weiteren Deckung sollen Gold und Devisen dienen, die der

Bank zustehen. Die eingetragene Grundschuld soll auf vier Prozent des Wertbeitrages in Goldmark lauten und unzerstörlich sein. Die Rentenbriefe werden zu je 500 Goldmark ausgefertigt. Die Noten der Bank sollen gegen Rentenbriefe umgetauscht werden können. Die neue Währungsbank soll verpflichtet sein, dem Reich zu Tilgung der Reichsschuld bei der Reichsbank 1200 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die Papiermark bleibt bis auf weiteres gesetzliches Zahlungsmittel.

Der Blutsonntag in Düsseldorf.

74 Verwundete und 10 Tote in Düsseldorf.

Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, gab es bei den separatistischen Unruhen in Düsseldorf 10 Tote und 74 Verletzte. Unter den Toten befindet sich ein blauer und ein grüner Polizeibeamter — 4 blaue und 9 grüne Polizisten wurden verwundet. Sämtliche Offiziere der Schutzpolizei wurden von den Franzosen verhaftet und die übrigen Schutzbeamten entlassen. Der stellvertretende Regierungspräsident, Oberbürgermeister Raddag, ferner der Kommandant der blauen Polizei, Polizeikommissar Böhrner und der Kriminaloberwachmeister Dolzenberg wurden ebenfalls verhaftet. Wie verlautet, haben die Franzosen als Begründung für das Vorgehen gegen die Schutzpolizei angegeben, daß ein französischer Offizier von ihnen verletzt worden sei. Die Vernehmung, der Separatistenwehr wurde von dem Weinhändler Böhm vorgenommen.

Der Belagerungszustand über Düsseldorf.

Der französische kommandierende General Simon hat infolge der blutigen Vorfälle über die Stadt den Belagerungszustand verhängt. Anderen Maßnahmen zufolge sind die Vertreter des Magistrats der Stadt von den französischen Behörden festgenommen worden.

Noch nicht völlige Ruhe.

Berlin. Die aus Düsseldorf gemeldet wird, blieben gestern die Unruhen infolge der frühmorgens Vorgänge vom Sonntag noch an. In den Abendstunden zeigt sich verdächtiges Gesehle, Strohtrappes der Sonderbändler usw., die sich die Entlohnung der grünen Polizei zu nütze zu machen suchen. Verdächtig ist auch ein Zusammenstoß zwischen Sonderbändlern und Kommunisten, die aus ihrer Sympathie für die Schutzpolizei kein Hehl machen.

Die Pariser Presse zu den Vorgängen.

Die Pariser Morgenblätter sind voll von Berichten über die Ereignisse in Düsseldorf. Ueberstimmend wird behauptet, daß die Schuld an den Unruhen und an dem Blutvergießen einzig und allein der grünen Polizei zuzuschreiben ist. Die Blätter berichten übereinstimmend mit der Sonderagentur, daß die Zahl der deutschen Verwundeten 60 beträgt, wovon 23 in die Hospitäler eingeliefert worden sind. Im Laufe des Zusammenstoßes wurden auch französische Soldaten verwundet. Außerdem seien weitere fünf Rheinländer und zwei Schutzbeamte getötet worden.

Amliche deutsche Meldungen.

Gegenüber den Behauptungen der Agentur Davaß sowie den Angaben anderer französischer Korrespondenten, wonach die Zwischenfälle in Düsseldorf durch das rigorose nicht gerechtfertigte Vorgehen der Schutzpolizei entstanden seien, die blühend, und ohne herausgefordert zu sein, in die Menge eingedrungen hätten, ist auf Grund weiterer, im Laufe der Nacht eingegangener amtlicher Meldungen festgestellt, daß die Schutzpolizei erst eingegriffen hat, nachdem mehrere blaue Polizisten von den Sonderbändlern aus Schwerkeln mißhandelt und ein blauer Polizist von ihnen niedergeschossen worden war. Erst danach hat die Schutzpolizei eingegriffen und den Platz geräumt. Sodann wurde von den Sonderbändlern das französische Militär zu Hilfe gerufen, das die Schutzpolizei entwarf und es zuletz, daß die Entlohnungen mißhandelt und zum Teil aus Schwerkeln verlor wurden. Auf den Regierungen ist laut Anschlag der französisch-belgischen Verwaltung der Fahrpreis von gestern ab in französischen oder belgischen Franken zu bezahlen. Diese Maßnahme hat eine heillose Verwirrung bei der Umrechnung zur Folge, da der belgische und der französische Frank zu verschiedenen Kursen gehandelt werden.

Die Schilberung englischer Augenzeugen.

Die Abendblätter veröffentlichen die offizielle Berliner Mitteilung über die Vorgänge in Düsseldorf, derzufolge die Franzosen zuließen, daß die entlohneten Schutzbeamten schwer mißhandelt wurden, was durch mehrere englische Augenzeugen, darunter den Düsseldorfer Sonderberichterstatter der „Daily News“, vollst. bestätigt wird, der als Beweis, wie die Franzosen die separatistische Bewegung unterstützen und wie sich die französischen Besatzungstruppen bei den Vorgängen in Düsseldorf verhielten, die furchtbare Szene vor dem Breidenbacher Hof schildert, wobei etwa 200 neue Beamte der grünen Polizei von den Separatisten zu Tode geschlagen wurden, während die französischen Kavalleristen, die diese Polizisten eskortierten, ruhig zuschauten und danach den Separatisten sogar die Hände schüttelten.

Weitere kommunizistische Ausschreitungen.

Der „Braunschweiger Landeszeitung“ zufolge kam es am Sonnabend in Halberstadt zu kommunizistischen Ausschreitungen. Die Polizei mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen. Von den Polizeibeamten wurden einige durch Steinwürfe leicht verletzt. Verletzungen bei der Menge sind nicht bekannt geworden.

Am Sonnabend kam es in Wolfenbüttel zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten. Die Kommu-

nisten hatten für Sonnabend mit den Besatzungen der umliegenden Realwerke eine öffentliche Versammlung nach dem Schloßpark einberufen; die Versammlung wurde jedoch auf Grund des Verbots des kommandierenden Generals von der Polizei verhindert. Die Versammlungsteilnehmer zogen sich in die Außenstadt zurück und begingen dort Ausschreitungen gegen mißliebige Bürger, besonders gegen Angehörige des Stahlbundes, wurden aber von der Polizei, die mit der blanken Waffe vorging, zurückgedrängt.

Der Handreich in Rützin niedergeschlagen.

Ueber die Lage in Rützin wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt: Durch sofortiges energisches Eingreifen ist der Kommandant in kurzer Zeit der Lage Herr geworden. Die Garnison ist in die Stadt eingedrungen und hat die Aufrührer im Zeughaufe eingeschlossen. Mehrere Führer wurden verhaftet.

Bei einem Entlohnungsversuch, den die Aufständischen zur Befreiung der im Zeughaufe eingeschlossenen Aufrührer unternahmen, kam es zu einem kurzen Feuergefecht. Die Aufständischen haben Verluste an Toten und Verwundeten. Bei der Reichswehr sind bisher keine Verluste gemeldet. Am Abend waren die Aufrührer im Zeughaufe von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Die Entlohnungsaktion ist eingeleitet. Die Sicherung der Umgegend von Rützin ist im Gange. Der Einzug der auf Rützin in Marsch gesetzten Verstärkungen ist nur zum geringen Teile notwendig geworden. Die Umgegend von Berlin wird durch Reichswehr und Polizei scharf überwacht.

Die Gewalttätigkeit geht weiter.

Die Franzosen haben einen Teil des Justizgebäudes in Offen für ihre Zwecke beschlagnahmt. Der Stadverwalter wurde aufgeboten, um die deutschen Justizbeamten in Werben in das Gefängnis am Weimarschloß in Offen überzuführen zu können, die Aufnahmearbeiten hierfür bis gestern Mittag 12 Uhr fertig zu stellen. Ein französischer Offizier erklärte, man würde die deutschen Justizbeamten laufen lassen, wenn deren altschuldige Ueberführung in das Offener Gefängnis nicht möglich wäre. Die Stadtverwaltung hoffte, die notwendigen Arbeiten bis gestern Mittag 12 Uhr fertigstellen zu können. Man vermutet, daß die Franzosen das Werbener Justizhaus ganz für sich beanspruchen werden, um es als französische Strafanstalt zu benutzen.

Die Rechen Heinrich, Fritz und Emil in Altensachsen sind am 30. September von den Franzosen befreit worden. Die Befreiung arbeitete weiter. Die Rechen der Rechen Emlicher wurde gleichfalls am 30. September befreit. Am 1. Oktober wurde die Reche Karl in Altensachsen befreit.

Die Franzosen beschlagnahmten am Sonnabend der Lokomotivschuppen des „Lohmer Vereins“ und transportierten vier Lokomotiven ab.

Die britische Reichskonferenz.

London. In der Eröffnungssitzung der Reichskonferenz erklärte Baldwin, nachdem er kurz die Entwicklung der Reparationsfrage skizziert hatte, die Noten, die zwischen ihm und der französischen Regierung seit der Konferenz gewechselt worden sind, haben immer mehr Meinungsverschiedenheiten über die beste Art geeilt, von Deutschland Reparationen zu erlangen und die Sache des Friedens in Europa zu fördern. Diese Meinungsverschiedenheiten spiegeln Unterschiede im Temperament und in der Anschauung zweier Nationen wieder. Baldwin ist der Ansicht, daß nur durch enge Zusammenarbeit und Vertrauen der Verbündeten politische Ergebnisse erzielt werden können. Er drückte keine Befriedigung über die Befreiung des griechisch-italienischen Konfliktes aus und verwies auf die Rolle, die der Völkerbund hierbei gespielt habe. Er kam alsdann auf die Handhabung der britischen Schuld an Amerika zu sprechen und sagte weiter, die britische Regierung habe sich sehr gegen ihren Wunsch zu einer Verstärkung ihrer Luftstreitkräfte entschließen müssen. England würde sich freuen, mit den anderen Regierungen über eine Einschränkung der Rüstungen zusammenzuwirken, ähnlich wie dies für die Marine durch das Washingtoner Abkommen geschehen sei. Schließlich bemerkte Baldwin, daß der Umfang der Heere und der Ausgaben, die für Rüstungen aufgegeben würden, heute beträchtlicher sei als im Jahre 1914. Der Premierminister erwähnte zum Schluß, daß Lord Curzon später ausführlicher die auswärtigen Angelegenheiten erörtern werde.

Poincaré empfiehlt Kaltblütigkeit.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern bei der Eröffnung des Generalrats des Waasdepartements in Verviers eine Rede gehalten, in der er u. a. erklärte: Glücklicherweise dikten die französischen Truppen die Nacht am Rhein. Nach vielen Monaten der Geduld sei man in das Ruhrgebiet einmarschiert und sofort sei die erstaunlichste Komödie gespielt worden. Die Franzosen hätten wohl gewußt, daß diese unerhörten Machinationen zur Ordnung verdammt seien, da sie das Sammelbecken der deutschen Produktion in Händen hätten. Jetzt ist der Stillstand eingetreten. Die deutsche Regierung hätte das unvermeidliche Nachgeben gern billig erkaufte. Gezwungen, anzuerkennen, daß sie den Kampf nicht mehr fortsetzen könne, habe man dieses Jugendschicksal mit feindlichen Kommentaren umgeben, in vager und zweideutiger Form habe man die Verordnungen, die den passiven Widerstand angeordnet hätten, zurückgenommen. Poincaré warnte anschließend vor zu emotionalen Aus-

bedenken. Bis jetzt habe man nur Worte und dazu wenig Lebensmühen gehört. Frankreich wolle über Latein und Neolithen reden. Da hätte man nicht zu feilsch frohlocken. Man sei mit den Schwierigkeiten nicht zu Ende, da sie würden sogar künstlich vermehrt und erstarrt sein, als zur Zeit. Wenn man die Formeln näher betrachte, deren sich die deutsche Regierung bedient habe, um die Verhandlungen zurückzuführen, so schienen sie wichtige Regelungen beiseite zu lassen. Auf alle Fälle sei noch nichts entschieden. Man müsse in Ruhe abwarten, was sich ereignen werde. Denn wir, so sagte Vinciguerra zum Schluss, unsere Neutralität bewahren, werden wir Herren der Lage bleiben.

Nichtlinien des bayerischen Generalstaatskommissars

Generalstaatskommissar Dr. v. Rahr legte in einer Besprechung mit Vertretern der Presse die Richtlinien seiner Politik dar und betonte, sein Hauptziel sei die **Einigung aller vaterländischen Kräfte zur Schaffung einer festen und starken Staatsautorität**. Dabei könne es ein Vorkommen mit dem Marxismus nicht geben. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte von Separatismus und von Vereinigungen zwischen ihm und Frankreich seien abgebrochen. Inmitten der Monarchie aufzurufen, so sagte er, solche Dinge rufe man nicht aus, die würden selbst herauswachsen, wenn sie gesund seien. Eine Kompromisse, wie sie der Völkische Beobachter treibe, die die Staatsautorität ankreie, werde er mit aller Entschiedenheit niederzulegen. Die Mitarbeit des Deutschen Kampfbundes, der zurzeit noch abseits stehe, sei willkommen, doch könnten Extratouren nicht abgeduldet werden. Es sei zu hoffen, daß eine Einigung zustande komme. Erwarten müsse man auch, daß jeder, der in Bayern wohnt, sich der nationalen Sache anlehne. Durch die Zusammenfassung der nationalen Kräfte solle ein starkes Bayern geschaffen werden. Ereignisse man dieses Ziel, so diene man damit auch dem Reich und den übrigen Ländern.

Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: Die aus dem Generalstaatskommissariat verlassene **Streikverordnung** erlassen, zu dem Zweck, Sicherung für die Arbeit und die Betriebe zu schaffen. Durch die Verordnung werden Streiks und Aussperrungen verboten, ebenso jede Art von Sabotage, d. h. widerrechtliche Stilllegung und Demmung öffentlicher und privater Betriebe. Als Strafe werden Gefängnis und Geldstrafe ohne Höchstmaß angedroht. In besonders schweren Fällen Rückhaftung. Wenn das Wohlergehen von Menschen dadurch gefährdet wurde, kann auf Todesstrafe erkannt werden. Mit den gleichen schweren Strafen soll die Arbeitswillkür gesühnt werden. Als Terrorakte, wie Mißhandlung, Verleumdung, Bedrohung und wirtschaftliche Schädigung gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter wegen ihrer vaterländischen oder politischen Betätigung fallen ebenfalls unter die Verordnung.

Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: Der Generalstaatskommissar erließ eine Verordnung, wonach **Landesverrat mit dem Tode bestraft werden kann**. Das am Sonntag durch den Generalstaatskommissar v. Rahr ausgesprochene Verbot der sog. **Schulabteilung der Sozialdemokratischen Partei** wird durch eine Verordnung im Staatsanzeiger in seinen Einzelheiten bekannt gemacht. Es erstreckt sich auf das rechtsrheinische Bayern. Die Sicherheits- und Selbstschutzbünde sowie ähnliche Einrichtungen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei werden verboten und aufgelöst. Waffen, die zu den Zwecken der aufgelösten Verbände gehört haben, sind dem Staate ohne Entschädigung verfallen. Wer einem dergleichen aufgelösten Verbände angehört oder sich einem aufgelösten Verbände anschließt oder einen solchen auflöst oder neugegründeten Verbände unterwirft, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe ohne Höchstgrenze bestraft.

Ein Aufruf der Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen erlassen einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem einleitend auf die fünf Jahre der Fremdherrschaft, des Hungers und der Leiden, sowie auf die Maßnahmen der verschiedenen Reichsregierungen, um den Rhein deutsch und das Reich einig zu erhalten, hingewiesen und anschließend erklärt wird: **Es war unsonst! Was man verbinden wollte, droht nun doch!** Dann heißt es weiter: In unerbittlicher Offenheit weisen wir in diesen totersten Stunden die Schuldfrage auf. Wieder einmal hat der Marxismus die deutsche Widerstandskraft unterhöhlt und die deutsche Wirtschaft zerrüttet, wieder einmal führt eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition mehr vertrauensvoll auf den Feind als auf eigene Kraft das deutsche Volk dem Elend neuer Kapitulation entgegen. An all dem Unheil, das nun erst recht über uns hereinbrechen wird, trifft sie die Schuld. **Feierlich erklären wir, daß wir niemals neue Vernichtungsverträge anerkennen werden, und sind uns dabei bewußt, daß Millionen deutscher Volksgenossen aus unserem, wie aus anderen Lagern in Nord und Süd in uns heute die Träger der nationalen Hoffnung leben, die von dem Koalitionskabinet Stresemann-Sünderling niemals kommen kann.** Dem deutschen Volk aber rufen wir, getragen von der Zustimmung weitestverbreiteter Kreise der deutschen Wirtschaft, in letzter Stunde zu: **Zeit bereit!** Der Tag ist nicht mehr fern, an dem alle völkisch-internationalen Verständigungs-Illusionen unter der Gewalt der Tatsachen zerfallen werden. Dann ist die Stunde der nationalen Regierung da, die mit starkem Willen, komme, was da wolle, den Weg der Rettung gehen wird.

Die Völkerbundversammlung aufgelöst.

H Genf. Die Vierte Völkerbundversammlung, die am Sonntag ihre Tagung beendete, hat genau vier Wochen gedauert. Sie hielt im ganzen 20 Sitzungen ab, davon oft zwei Sitzungen am gleichen Tage. Bald nach ihrem Zusammentritt stellte sie ihre Beratungen zeitweilig ein und vertagte sich auch wiederholt im weiteren Verlauf, um Debatten über den griechisch-italienischen Zwischenfall auszusprechen, zu dem sie, abgesehen von einigen Neben, nie Stellung nahm. Die Versammlung ging vielmehr zu Ende, ohne daß einwandsfrei die Zukunftsfrage des Völkerbundes im griechisch-italienischen Konflikt festgestellt worden ist. Ebenso wurde weder die Reparationsfrage, noch die Ruhrfrage zur Beratung gestellt. Konkrete und dringende Fragen über das Reparationsproblem hatten keine drastischen Folgen. Den Anträgen Murray, die vorjährige Entschädigung zu wiederholen und die Großmacht zu einer Lösung aufzufordern oder selbst an eine Lösung heranzutreten, wurde nicht stattgegeben. Die Frage des Beitritts Deutschlands ist nicht gestellt worden. Einige Redner sprachen nur allgemein den Wunsch nach Universalität des Völkerbundes aus. Dagegen präferierte die französische Delegation zweimal ihren Standpunkt, einmal im Dritten Ausschuss und dann in der Versammlung, als sie sich gegen die Zulassung von Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu dem Vertrag an gegenwärtiger Unterzeichnung wandte und dabei an die Aufnahmebedingungen zum Völkerbund erinnerte.

Auch die Frage der Verwaltung der früheren deutschen Kolonien gab, abgesehen von der Kritik an den Vorschlägen bei dem Föderationsaufstand, keinen Anlaß zu grundsätzlichen Debatten. Die übrige reichliche Arbeit, die sich vor allem in den Kommissionen vollzog, galt durchweg unpolitischen Fragen: Entschädigungen über Disarmierungsfragen, asiatische Zusammenarbeit, Reduzierung

des Völkerbundbudgets, Ostunabhängigkeit, Runder- und Mädchenhandel, schließlich Fälschung usw. Auch die Anträge zur Rüstungsbeschränkung, bei denen vor allem die Frage des chemischen und bakteriologischen Krieges aufgeworfen wurde, gingen nicht über die bisherigen Ansätze hinaus. Die Versammlung tritt vom ersten Tage an darunter, daß sie nicht zu den großen Welttagen der Welt gehören sollte, um die Lage nicht zu verschärfen. Die Entscheidung unter den kleinasiatischen Delegationen, vor allem bei den Standpolitikern über die Vorgehensweise anlässlich der Behandlung des griechisch-italienischen Konflikts, hielt bis zum letzten Tage an und machte sich teilweise in den Neben der letzten Sitzungen Luft, wie auch anlässlich der Wiederwahl Brantings in den Völkerbundrat. Das allgemeine Urteil auch zahlreicher Delegierter über die abgeleitete Tagung geht dahin, daß sie von allen bisherigen Tagungen die schwächsten Ergebnisse festlegte und ihre Bemühungen nicht darauf hinausgingen, die Ergebnisse zu bestimmen, sondern sich gegen die Macht der Ereignisse zu behaupten und sich vor allem schwerem Vorkommnisse zu bewahren.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Das Reichskabinett setzte gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten seine Beratungen über die in der heutigen Reichstagsitzung vom Reichskanzler für die Regierung abzugebende Erklärung fort. In der mehrstündigen Sitzung wurde volle Uebereinstimmung über alle in Frage kommende Punkte erzielt. — Wie verlautet, wird der Reichskanzler heute vormittag zunächst die Führer der Sozialdemokratischen Parteien empfangen. Es folgt eine Besprechung mit den Deutschnationalen. — Die Zentrumspartei hielt gestern abend eine Fraktionsversammlung ab, nach deren Beendigung der Vorsitzende der Fraktion, der Abg. Marx, sich zum Reichskanzler begab, um ihm namens der Fraktion zu erklären, daß sie sich für die Aufrechterhaltung der großen Koalition ausgesprochen habe.

Arbeitsschutz der Bergarbeiter. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaftsbund der christlichen Bergarbeiter und der Christ-Deutsche Gewerksverze haben einen Aufruf an die Bergarbeiterschaft im besetzten Gebiet veröffentlicht, in dem sie die Bergarbeiter zur Wiederannahme der Arbeit auffordern. **Ergebnisse Verhandlungen mit den Franzosen.** In Belgien und in den Westlanden hatten die Eisenbahnergewerkschaften mit den Franzosen wegen Wiederannahme der Arbeit Verhandlungen angebahnt, die jedoch wegen der unerwünschten Bedingungen der Franzosen zu keinem Ergebnis führten.

Regelung der Erwerbslosenfrage im besetzten Gebiet. Der polnische Vorkriegsstand und die damit zusammenhängenden Änderungen in Wirtschaft und Verwaltung hatten es mit sich gebracht, daß auch die Erwerbslosenfrage sich in den besetzten Gebieten teilweise anderer Wege und Formen bedient hat als vorher. Insbesondere sind im Zusammenhang mit der stillen Teuerung und mit der Steigerung der Löhne die Unterhaltungsfrage kritisch sehr ungleich und im allgemeinen höher als im unbesetzten Gebiet geworden. Auch Mißstände sind teilweise eingetreten, und zwar umfomehr, je mehr die Geschäftsführung der einzelnen örtlichen Verwaltungen und ihr Verkehr mit den zuständigen Landes- und Reichsbehörden behindert war. Es steht zu erwarten, daß diese Gemisstände nunmehr entfallen und daß die Erwerbslosenfrage im besetzten Gebiet wieder, wie für das unbesetzte Gebiet, nach den Bestimmungen der Verordnung vom 1. November 1921 durchgeführt werden kann. Allerdings wird die in den besetzten Gebieten zur Zeit noch bestehende außerordentlich hohe Teuerung, die sich bei der lang andauernden Maßnahmenlosigkeit besonders sichtbar macht, nicht gestatten, die nötigen Unterhaltungsätze des unbesetzten Gebiets sofort zur Anwendung zu bringen. Während des Monats Oktober wird daher ein kufenweiser Abbau der Unterhaltungsätze durchgeführt mit dem Ergebnis, daß mit Ende Oktober die auch für das unbesetzte Gebiet geltenden Unterhaltungsätze erreicht sein werden.

Tschekoslowakei.
Der tschechische Bergarbeiterstreik dauert noch an. Im Bergarbeiterstreik sind die Verhandlungen vollkommen ins Stocken geraten. Die Grubenbesitzer scheinen die Absicht zu haben, die Bergarbeiterfonds vollständig aufzubrechen zu lassen, um die Bedingungen ohne die Mitwirkung der Regierung diktiert zu können. Durch den Streik haben Verluste die Kohlenindustrie, die Kohlenarbeiter, zahlreiche andere Industrien und die übrige Arbeiterschaft. Die Verluste betragen rund 10 Millionen Tschekokronen. Der Streik dauert bereits 6 Wochen. Die Möglichkeit zu Verhandlungen ist noch geringer als bisher.

Republik Österreich.
Rundgebung für die Deutschen. Anlässlich des Jahrestages des Friedens von St. Germain veranstaltete der bayerische deutschnationale Verein Sonntag früh eine Rundgebung, an der Anhänger der Großdeutschen Volkspartei, der Nationalsozialisten und der Frontkämpfervereine teilnahmen. Es sprachen mehrere Redner, die den Brüdern im Deutschen Reich ihre Sympathie ausdrückten. Nach der Versammlung auf dem Feldplatz gegen die Teilnehmer über die Hinkehr nach der Karlskirche, wo sich der Tag unter Abklingung des Deutschlandliedes ohne Zwischenfall aufloste.

Türkei.
Die Uebergabe der Insel Tenebos an die Türken. Die Uebergabe der Insel Tenebos an die Türken hat nunmehr endgültig stattgefunden. Das türkische Kanonenboot "Süit Reis" trat mit den Beamten der Zollverwaltung in den Hafen ein. Der türkische Regierungsvorsteher hat gemeinsam mit dem griechischen Vorkapitän das Uebergabeprotokoll unterschrieben. Die griechischen Beamten schickten sich auf dem griechischen Torpedoboot "Dafni" ein. Daraufhin wurde die türkische Flagge auf der alten Festung gehißt und das türkische Kanonenboot feuerte 21 Salutschüsse ab. Die Griechen haben den türkischen Friedhof auf der Insel vollständig vernichtet.

Frankreich.
Kommunisten-Verhaftung in Paris. Die Polizei verhaftete gestern drei Kommunisten, die vor den Kasernen kommunistische Schriften an die Soldaten verteilten.

Italien.
Bedeutende Leistung eines Zepelin-Luftschiffes. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani hat das italienische Luftschiff "Speser", das im Sommer 1921 an Italien ausgeliefert wurde, am 27. September ein ununterbrochenes 13 stündiges Nachtfliegen zurückgelegt, während der die "Speser" von dem nahe Rom gelegenen Luftschiffhafen Ciampino aus über Neapel nach Palermo, Messina und zurück nach Ciampino überflogen ist. Die fast ausschließlich über dem Meer gefahrene Strecke mißt 1250 km. Die Agenzia Stefani hinzusetzt, hat damit die "Speser" die beste Leistung vollbracht, die die italienische Luftschiffahrt bis jetzt zu verzeichnen hat.

England.
Zahlreiche Schiffsunfälle. Während des in der Nacht zum Sonntag herrschenden dichten Nebels ereigneten sich zahlreiche Schiffsunfälle, wobei hauptsächlich französische Frachtschiffe zu Schaden kamen. Der deutsche Dampfer "Gurfield" strandete bei Cornwall, kam zwar mit einem

Wittern wieder frei, geriet aber auf eine Klippe und wurde schließlich nach Plymouth eingeschleppt. Der britische Dampfer "Florence" stieß mit einem andern Schiff zusammen und sank. Man glaubt, daß drei Mann ertrunken sind. In der Südküste von Irland stießen der "Gunnard"-Dampfer "Scythia" und der "White Star"-Dampfer "Gedric" zusammen. Die "Scythia", die nach New York unterwegs war, kehrte nach Liverpool zurück, um die erlittenen Schäden zu prüfen.

Amerika.
Die kommunistische Bewegung in Nordamerika. Mitteilungen, die der Verband der Vereinigten Bergleute von Amerika vor kurzem herausgegeben hat, deuten darauf hin, daß die Sendboten des russischen Bolschewismus in der Gegend auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika lebhaft tätig sind, wenn auch die öffentlich erzielten Erfolge noch nicht allzu groß sind. 600 Arbeiter arbeiten in 200 Ortsverbänden und 45 Nationalorganisationsstellen. Besonders innerhalb der Eisenbahnerverbände haben ihre Pläne, die auf Schaffung einer revolutionären Arbeiterunion abzielen, aufeinander bereits Erfolge gehabt. Als Führer der Bewegung wird der frühere Präsident der Kohlenarbeiter, ein gewisser Folger genannt, der als Organisator verschiedener Streiks bekannt ist.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 2. Oktober 1923.
— **Bug einschränkung.** Der Verlangung al Berlin vom 237 fällt bis auf weiteres wegen Streckung der Kohlenvorräte aus. Der in Riessa nachm. 2.47 von C. K. erwerd a. antommende Personenzug erlährt demnach in Eiltempo künstig seinen Anhalt von Riessa.

— **Kartoffelverwertung der sächsischen Bevölkerung.** Die durch Preisverhöhrungen der letzten Tage bereits bekannt geworden ist, ist dem Lande Sachsen von Riessa zur Verfertigung von Kartoffeln für die sächsische Bevölkerung eine Million Mark zur Verfügung gestellt worden. Mit der Verteilung dieses Betrages, dessen erhebliche Erhöhung inszwischen von der sächsischen Regierung beim Reich beantragt worden ist, ist ein Versteigerungsausschuss unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des Sächsischen Gemeindefonds beauftragt worden. Die Mittel sind in diesen Tagen freihandversteigungsweise an je einige Kartoffelgroßhändler und Konsumvereine zur Verteilung gelangt.

— **Die Deutschen in Belgien.** Die Deutschen in Belgien haben ihren Verbandstag ab. Es wurde u. a. eine Entschädigung zum Tabakenerwerb gefordert, in der es u. a. heißt: Der Verband richtet das dringende Ersuchen an die Regierung und an die Regierung, daß sie im engen Zusammenwirken mit den Verbänden des Tabakenerwerbes eine Form für die Tabakenerzeugung finden mögen, die in gerader Linie die erforderlichen Erträge für die Reichsstaatskasse bringt, entweder durch die Wiederherstellung von Steuern und Verzugszuschüssen auf Rohstoffe oder durch eine Rechnungswertweise. Das geltende Tabakenerwerbsgesetz ist zu befeitigen. — Ferner wurde eine Entschädigung angenommen, die sich mit der Notverordnung betreffend Preisverhöhrungen, Handelsbeschränkung, Preisprüfungsstellen, Wuchergerichtsordnung usw. beifügt. Der Verbandstag beflagt darin, daß dieser Verordnung in der Praxis fast ausschließlich den Inhabern offener Verkaufsstellen gegenüber zur Anwendung gebracht werde, nicht etwa, weil der Käufer hier am häufigsten anzutreffen sei, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil sich für den Ladenbesitzer am bequemsten Vorkehrungen machen lassen. Diese Arteten in unklarer Schikane aus. Die Ausübung des Gewerbes werde in ungeredelter Art behindert, ohne daß die Probleme des Wunders hierdurch zur Lösung kämen.

— **Sächsischer Landesbetriebsrat.** Der Landesbetriebsrat der sächsischen Eisenbahnen hat am Sonntag und Sonntag im Leipziger Evangelischen Vereinshaus seine ordentliche Verbandssammlung ab. Der Reichsmantelart für das Bankgewerbe. Die der Deutsche Bankbeamtenverein und mitteilt, hat die Reichsbankdirektion dem am 8. März abgeschlossenen Reichsmantelart und die in der Zwischenzeit bis zum 3. August erfolgten Umwälzungen Gebaltsabmachungen im deutschen Bankgewerbe am 8. August für allgemein verbindlich erklärt und den Geltungsbericht anttagsgemäß unter anderem auf die Ostprovinzen ausgedehnt.

— **Eisenbahnunfall.** Amittich wird gemeldet: Am 28. September d. J. nachmittags ist die Lokomotive des Personenzuges 1257 zwischen Radibors und Großhartmannsdorf mit zwei Personenwagen entgleist. Von den Reisenden haben sieben Personen leichte Verletzungen davon getragen. Die Verletzten haben sämtlich ohne Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe die Reise fortsetzen können. Der Betrieb ist durch Umstellen an der Unfallstelle aufrechterhalten worden. Die Ursache der Entgleisung hat sich noch nicht einwandfrei feststellen lassen.

— **Personalveränderung in der inneren Verwaltung.** Vom 1. Oktober ab ist Reichstagsabgeordneter Wilhelm Kubitz in Chemnitz zum Amtshauptmann in Hülba ernannt und Amtshauptmann Dr. Richter in Jittau aus seiner jetzigen Stellung entlassen und zum Stellvertreter des Kreisamts in Bautzen ernannt worden. Eine sozialdemokratische Forderung zum Ausnahmestand. Der Landesbetriebsrat, die Landesbetriebsrat, die sächsischen Vertreter des Reichstages der SPD, sowie der Ortsausschuss des ADGB, haben zu der politischen Situation Stellung genommen und eine Entschädigung angenommen, in der es u. a. heißt: „Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sich die Militärgewalt in Sachen einseitig gegen jenen Teil des Proletariats richtet, der es bisher als höchste Aufgabe betrachtet, die Republik zu retten und zu befestigen. Die eingangs erwähnten Parzellierungen fordern daher mit aller Entschiedenheit, daß der Ausnahmestand sich nicht zu einem Sonderausnahmestand gegen das sächsische Proletariat auswirkt. Die Parteigenossen beklagen ernst, daß die Verhängung des Ausnahmestandes nicht notwendig war. Im besonderen fordern sie, daß ein Mitglied der sächsischen Regierung als Zivilkommissar mit gleichen Rechten wie in Preußen eingesetzt wird. Ebenso verlangen sie mit größtem Nachdruck, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse, insbesondere der Kampf um höhere Löhne und um die Erhaltung des Achtundzestages, in keiner Weise beeinträchtigt werden.“

— **Grundrüge der Umgestaltung des sächsischen Unterrichtswesens.** Der „Leitungs-Zeitung“ verbreitet folgende Meldung: Vor einiger Zeit ist in das sächsische Ministerium für Volksbildung der frühere Volksschullehrer, in den letzten Jahren als Bezirks-Schulrat (für Volksschulen) tätig gewesene Dr. Wänke berufen worden mit dem Auftrag, die höheren Schulen von Grund aus umzugestalten. Er hatte dem höheren Unterrichtswesen bisher vollkommen ferngeblieben. Wie wir hören, hat Dr. Wänke vor kurzem in einer Versammlung von Vertretern der verschiedenen Schularten in Dresden, bei der Vertreter des Ministeriums bewohnten, seinen Reformplan mitgeteilt. Danach soll noch über die Bestimmungen der Reichsregierung hinaus, die eine vierjährige allgemeine Grundschulspflicht (Volksschulbesuch) vorsehen, für jedes Kind ein weiterer vierjähriger, insgesamt also ein achtjähriger Volksschulbesuch vorgezogen werden. Es sollen demnach in allen höheren Schulen Sächsischen (Real-) und Deutsche Ober- und Realhörschulen, Realschulen und Gymnasien) künftig die vier unteren Klassen (Sexta bis Untertertia) in Wegfall kommen. Die Reform soll sich weiterhin auch darauf erstrecken, den höheren Bildungswesen etwas ab-

